



Aktionstage am 3. und 4. Juli 2006 in Frankfurt

**Bleiberecht für Familie Akbulut**

**aus Schlüchtern (Main-Kinzig-Kreis)!**

**Abschiebestopp für alle geduldeten Flüchtlinge  
in Hessen!**

**Die kurdische Familie Akbulut war 1998 vor politischer Verfolgung aus der Türkei geflohen. Vater, Mutter und Sohn leben nun seit etwa 8 Jahren in Deutschland. In Sicherheit? Nein, denn die zuständigen Behörden wollen diese Familie mit allen Mitteln abschieben ...**

Die behandelnden Fachärzte für Psychiatrie und ein von Psychologen erstelltes Fachgutachten kommen zum gleichen Ergebnis: Frau Fatma Akbulut ist offensichtlich in Folge der in der Türkei erlebten Folterungen schwer traumatisiert. Die seit Jahren drohende Abschiebung hat diesen Prozess weiter verschärft und sie erträgt ihr Leben nur noch mit Hilfe starker Medikamente. Es wäre mehr als verantwortungslos, sie und ihre Familie in die Türkei abzuschicken.

In einer mündlichen Verhandlung am Verwaltungsgericht in Frankfurt hatte auch der zuständige Richter den Eindruck gewonnen, dass angesichts des Gesundheitszustandes ein „Vollstreckungshindernis“ für die Abschiebung „im Raum steht“. Spätestens hiermit hätte sich den Behörden die Möglichkeit geboten, der dramatischen Situation ein Ende zu bereiten und Frau Akbulut, ihrem an Depressionen und schwerem Asthma leidenden Ehemann sowie ihrem sie versorgenden Sohn Şerif ein Aufenthaltsrecht zu erteilen.

War es zunächst die Ausländerbehörde des Main-Kinzig-Kreises, die sich einer Bleiberechtslösung verweigerte, liegt es nun vor allem in der neu geschaffenen Zentralen Ausländerbehörde beim Regierungspräsidium in Darmstadt, dass da-

ran festgehalten wird, die Familie mit allen verfügbaren Mitteln außer Landes zu schaffen. Angedroht wird die gewaltsame Abschiebung mit ärztlicher Begleitung. Und es scheint kein Zufall, dass sich die zuständigen Ausländerbehörden bislang sogar weigern, ein amtsärztliches Gutachten zu erstellen. Offensichtlich befürchten sie, dass der Amtsarzt auch zu dem Ergebnis käme, dass eine Abschiebung nicht zu verantworten ist.

Erfahrungen der jüngsten Zeit mit so genannten Sammelabschiebungen belegen eine fortschreitende Brutalisierung der „aufenthaltsbeendenden Maßnahmen“. Sie finden unter Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit mittels eigens dafür gecharterten Flugzeugen statt, und von der Bundespolizei eigens für diese Flüge angestellte Ärzte legitimieren in Gefälligkeitsgutachten die „Reisefähigkeit“ der betroffenen Menschen.

Deshalb steht auch im Fall der Familie Akbulut zu befürchten, dass die zuständige Ausländerbehörde versuchen wird, die Familie mit polizeilicher Gewalt zum Flughafen zu bringen und Fatma Akbulut mit einem solchen Gutachten und notfalls per „Liegendabschiebung“ und mit Beruhigungsmitteln vollgepumpt ins Flugzeug zu zwingen.



## **Integrationsleistungsverweigerung**

Ständig ist in den letzten Jahren von Integration die Rede, aber wie sollen sich Menschen wie das Ehepaar Akbulut, krank aufgrund der Verfolgung und krank aus Angst vor der Abschiebung, hier integrieren? Durch das Zusammenspiel von Politik und Behörden wird dies unmöglich gemacht. Ihr 20jähriger Sohn Şerif dagegen - er lebt seit seinem 12. Lebensjahr in Deutschland und muss sich, seit er 15 ist, um sämtliche Belange der Familie kümmern - er hat das nahezu Unmögliche geschafft: trotz aller widrigen Bedingungen hat er sich integriert, spricht perfekt die deutsche Sprache, hat einen guten Schulabschluss und ist bei den lokalen Fußballvereinen als Spieler begehrt. Nur eins hat er nicht geschafft: den Unterhalt für seine arbeitsunfähigen Eltern und sich selbst mit einem eigenen Job zu bestreiten. Denn trotz mehrerer Angebote von Arbeitgebern wurde ihm von der zuständigen Arbeitsagentur nicht einmal ein 2-Stunden-Job erlaubt. Das ist Integrationsverweigerung von oben!

## **Die Welt zu Gast bei Freunden?**

Während alle Welt im Fussballrausch scheint und sich Deutschland als besonders netter Gastgeber zu präsentieren versucht, geht der Abschiebeterror unvermindert weiter. Menschen werden frühmorgens in ihren Wohnungen von der Polizei regelrecht überfallen, zum Flughafen gekarrt und mit allen Mitteln abgeschoben. Genau das droht nun nicht nur der Familie Akbulut. In Deutschland leben etwa 200.000 Menschen, die lediglich „geduldet“ sind, in Hessen sind es mehr als 15.000. Die weitaus meisten leben seit mehr als 5 Jahren hier, viele mehr als 10 und manche sogar seit über 15 Jahren. Sie waren vor Krieg, Verfolgung, Unsicherheit geflohen, haben sich nun hier integriert und haben hier ihre Freunde. Die Kinder sprechen oft besser Deutsch als die Sprache des Landes, das sie zum Teil nur vom Hörensagen

**Deshalb fordern wir vom hessischen Innenminister Bouffier, der sich öffentlichkeitswirksam für eine Bleiberechtsregelung ausgesprochen hat, dessen Behörden aber weiter abschieben: einen sofortigen Abschiebestopp für Familie Akbulut und alle anderen Geduldeten in Hessen!**

*Bündnis für Bleiberecht (Hanau / Main-Kinzig-Kreis) - V.i.S.d.P.: Herwig Putsche, Hanau*

\*\*\*\*\*

## ***Aktionstage gegen Abschiebung am 3. und 4. Juli in Frankfurt***

### ***Familie Akbulut zu Gast in der Katharinenkirche (an der Hauptwache)***

#### **Montag, 3. Juli**

14 h Pressegespräch - anschließend: Transparentmalaktion an der Katharinenkirche mit anschließender Anbringung

Infostand und Ausstellung vor der Kirche

18 h Filme zum Thema Bleiberecht und Abschiebepolitik

#### **Dienstag, 4. Juli**

16 h Infostand und Ausstellung vor der Katharinenkirche  
18 h Offenes Mikrofon / Megafon für Bleiberecht contra Abschiebung

19 h Diskussion über die Perspektiven der Bleiberechtskampagne

kennen, und das doch nach Ansicht der Behörden ihr Heimatland ist. Obwohl sie Teil dieser Gesellschaft sind, werden ihnen grundlegende Rechte vorenthalten und sie müssen ständig mit der Angst leben, abgeschoben zu werden.

## **Eine Bleiberechtsregelung ist notwendig und natürlich auch ein sofortiger Abschiebestopp!**

Bereits seit Jahren von vielen gesellschaftlichen Gruppen gefordert und in der Politik auch diskutiert, konnten sich die verantwortlichen Innenminister noch immer nicht auf eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete einigen. Im November, so scheint es, soll nun eine Entscheidung fallen. Es steht aber zu befürchten, dass nur eine sog. neue „Altfallregelung“ beschlossen wird, die von den Betroffenen jahrelange Erwerbstätigkeit und völlige Unabhängigkeit von Sozialleistungen fordert. Doch viele Flüchtlinge sind sehr krank oder wie Frau Akbulut traumatisiert, zudem wird es „Geduldeten“ zumeist schon aus rechtlichen Gründen unmöglich gemacht ein Arbeitsplatzangebot wahrzunehmen.

Es braucht also eine Bleiberechtsregelung, die diesen Namen auch verdient, die sich an den Menschen und ihren jeweiligen Schicksalen orientiert! Zudem setzen die Behörden, wie im Fall der Familie Akbulut, nun alles daran, Familien noch abzuschieben, bevor eine Bleiberechtsregelung im November in Kraft tritt, mit der diese einen Aufenthaltsrecht erhalten könnten. Es wäre aber das Mindeste, dass die zuständigen Ministerien und Behörden nun ein Moratorium veranlassen, einen Abschiebestopp zumindest denen gegenüber, die lange Jahre in Deutschland leben und von der kommenden Bleiberechtsregelung betroffen sein könnten. Der Fall der Familie Akbulut aus Schlüchtern ist insofern ein konkretes Beispiel: ihnen droht täglich die Abschiebung, obwohl sie zum Kreis der langjährig Geduldeten gehören, die im November ein Bleiberecht erhalten könnten.